

**Rede  
des Sprechers gegen Rechtsextremismus**

**Deniz Kurku, MdL**

zu TOP Nr. 44

Erste Beratung

**Sicherer Hafen Niedersachsen - lokale Solidarität für  
in Seenot geratene Geflüchtete**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4483

während der Plenarsitzung vom 13.09.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Bevor man sich mit dem Thema der Seenotrettung auseinandersetzt, sollte, ja muss man eines tun: sich vorstellen, wie es wäre, wenn man jetzt gleich, anstatt zurück in seinen Wahlkreis zu fahren, plötzlich fliehen müsste, weil alles zerbombt wurde, das eigene Heim weggespült wurde, man Hunger leidet, sich seines Lebens nicht mehr sicher ist, wie es sein muss, sein gesamtes Hab und Gut, Familienangehörige, Freunde, alle Gewohnheiten, die eigene Geschichte zurückzulassen, wie es sein muss, sein Überleben und die Zukunft einem Schlauchboot mit zig anderen Menschen und Seelen unter schlimmsten Bedingungen anzuvertrauen.

Nach UN-Angaben haben über 2.200 Menschen im vergangenen Jahr auf dem Weg über das Mittelmeer ihr Leben verloren.

Meine Damen und Herren,

mit Sicherheit denken nun viele: Was soll das? Natürlich wissen wir alle, was für menschliche Tragödien sicher auf hoher See abspielen. - Nicht alle aber sind zu solch einer Leistung an Empathie und Vorstellungskraft in der Lage. Anders kann ich mir das ewige widerwärtige Aufwiegeln gegen die Menschen auf Booten nicht erklären.

Ein besonderer Dank an die Evangelische Kirche, die gestern erklärt hat, ein Boot zur Rettung von Menschen anzuschaffen!

Der Antrag der Grünen zur Unterstützung der Initiative Seebrücke weist eine ganze Reihe von Punkten auf, die Kommunen und das Land selbst im Umgang mit in Seenot geratenen Menschen betreffen.

Fakt ist, dass es bereits heute viele Städte und Gemeinden auch bei uns in Niedersachsen gibt, die sich bereit erklärt haben, über den Verteilungsschlüssel hinaus Menschen aufzunehmen, die vor dem Ertrinken gerettet wurden. Gerade gestern habe ich in diesem Zusammenhang mit dem Kollegen Bernd Lynack über

Hildesheim gesprochen. Dieser und all den anderen Kommunen in Niedersachsen gilt unser ausdrücklichster Dank.

Dabei ist natürlich zu beachten, dass in den Kommunen eine unterschiedliche Bereitschaft und auch unterschiedliche Möglichkeiten in Bezug auf Finanzstärke, Wohnraumsituation, soziale Infrastruktur, ehrenamtliches Engagement und vieles mehr bestehen. Das gilt auch für die unterschiedliche Einschätzung in Bezug auf die Umsetzung der in diesem Antrag beschriebenen Punkte.

Ab wann eine Anerkennung erfolgt und letztlich ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besteht, ist in einem Rechtsstaat hingegen aus gutem Grund an ein rechtliches Verfahren gekoppelt. Das können wir bei all den wichtigen Vorstößen nicht außer Acht lassen.

Ich selbst betrachte die Initiative mit einem lachenden und einem weinenden Auge - lachend deshalb, weil es natürlich zu begrüßen ist, dass sich Menschen bereit erklären zu helfen. Bei Gemeinden und Städten, die für sich erklären, dies auch tun zu wollen, ist zu diskutieren, inwiefern wir auch als Land mithelfen können. Ob das Mittel über Programme sind oder nicht, sei einmal dahingestellt. Aber meine Kollegin Doris Schröder-Köpf hat gestern in diesem Zusammenhang, wie ich finde, sehr eindrucksvolle Worte über die Freude am Helfen gefunden.

Mit einem weinenden Auge sehe ich die Initiative „Seebrücke“, weil es mehr als traurig ist, dass private Initiativen das übernehmen, was eigentlich auf europäischer Ebene längst verbindlich hätte geregelt sein müssen, und zwar staatlich und im Verbund.

Die anhaltende Diskussion um die Verteilung von geflüchteten Menschen zeigt ja, dass hier eine Lösung unabdingbar ist.

Bei der Gestaltung der Aufnahme gibt es eine Vielzahl an Fragestellungen, die wir nicht losgelöst von Bundes- und europäischen Kontexten diskutieren können. Das haben beide Kollegen zuvor auch schon gesagt.

Letzten Endes leben aber wir alle in einer Kommune; so viel ist klar. Wir sorgen mit dem in dieser Woche diskutierten Haushaltsplanentwurf dafür, dass etwa jeder dritte Euro bei den Kommunen ankommen wird. Die Stärkung der Kommunen liegt nicht nur uns Kommunalpolitikern am Herzen und bedeutet neben der Stärkung der vielen anderen Bereiche, wie Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung, Sicherheit oder Verwaltung, auch die Stärkung der Integrationskraft vor Ort.

Ich freue mich auf die weitere sachliche Beratung des Antrags im Innenausschuss. Eines aber soll heute in aller Deutlichkeit gesagt sein - damit möchte ich schließen -: Die Rettung von Menschen auf hoher See, die Seenotrettung, ist kein Verbrechen. Seenotrettung ist ein Zeichen von Menschlichkeit. Dafür stehen wir als SPD-Fraktion. Traurig, aber auch wütend bin ich darüber, dass es einige gibt, die erst einmal unterscheiden wollen, woher jemand kommt oder welchen Pass er hat, bevor sie Menschenleben retten. Dankbar und stolz dagegen bin ich darauf, dass alle anderen in dieser Frage sehr klar zusammenstehen. Darüber freue ich mich.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.